

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Freitag, den 6. April 1894.

Ein Wort zum Frieden.

Nach einem aufregenden parlamentarischen Kampf, der wie eine Sturmfluth seine Wogen bis tief ins Land, in alle Schichten der Bevölkerung hinein geschickt hat, ist nunmehr der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Rußland unter Dach und Fach gebracht; er steht bereits seit vierzehn Tagen in Kraft. Nicht minder scharf als der Zollkrieg, der dem Vertragsabschlusse vorausging, ist bei uns der parlamentarische Kampf geführt worden, weil alle großen Erwerbsgruppen bemüht gewesen sind, ihre besondern Interessen zur Geltung zu bringen. Die deutschen Staatsmänner und die Mehrheit des Parlaments sind sich bewußt, all diese Sonderinteressen in solchen Einklang gebracht zu haben, wie es der Förderung des Gemeinwohls entspricht. Nun ist eine gute alte deutsche Hausregel, daß man Streitigkeiten, die sich innerhalb der vier Wänden abgespielt haben mögen, nicht auf die Gasse hinausträgt; daß also, wenn einmal die Entscheidung durch die Autorität und durch die Majorität gefallen ist, der im Meinungskampf Unterlegene sich fügt und unverdrossen weiterschafft zur Ehre und zum Wohlstande des Hauses. Die Gegner des Vertrages waren, oder es noch sind, sollen es jetzt auf eine ehrliche Probe ankommen lassen und abwarten, wie die Dinge sich entwickeln. Wollen sie aber, weil der Vertrag nach ihrer Meinung ihren unmittelbaren Interessen nicht entspricht, den Kampf fortsetzen, so treten sie damit auf eine verhängnißvolle Bahn. An dem, was vollzogene Thatsache auf zehn Jahre ist, können sie nicht rütteln; sie schüren damit nur Verbitterung gegen das Gemeinwesen des Staates selbst. Das steht namentlich solchen schlecht an, die nach ihrem allgemeinen politischen Bekenntniß auf der Seite der staats-erhaltenden Parteien stehen und wohl wissen, daß monarchische Ordnung, daß Recht und Gesetz die Grundpfeiler des deutschen Reiches, die Grundbedingungen zum Bestande und Gedeihen der deutschen Nation sind.

Konservative Blätter, die unbefangen und objektiv urtheilen, haben solche Gesinnungsgenossen, die in Verkennung der Gründe und Thatsachen die Opposition fortsetzen, bereits den bitteren Vorwurf nicht gespart, daß sie demagogische Agitation treiben, wenn sie das Volk lehren, „den Kaiser und die Staatsmänner seiner Wahl als politische Gegner anzusehen,“ wenn sie „zum Sturze der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik das ganze Land feierlich aufrufen,“ wenn sie auf einmal gegen wirtschaftliche Maßnahmen Front machen, welche die Regierung zum Besten der Landwirtschaft plant.

Wer aber vermeint, daß ihn diese Vorwürfe nicht trafen, die aus der eignen Partei kommen, der soll sich warnen lassen durch das Lob, das ihm von der andern Seite entgegenschallt. „Die Agrarier fangen endlich an, konstitutionell zu werden!“ ruft das Organ der freisinnigen Volkspartei voller Genugthuung, und dasjenige der Sozialdemokratie freut sich „über die merkwürdige Umwandlung der Anschauungen, welche die Oppositionslust des Bundes der Landwirthe hervorgerufen, der nämlich Leute, die noch vor Kurzem ihr politisches Heil in der unbedingten Folgsamkeit gegen die hohe Obrigkeit erblickten; nunmehr sei der Boden für die Sozialdemokratie auch auf dem flachen Lande geebnet.“

Der Stand der deutschen Landwirthe, körperlich und sittlich der Kern unsers Volkes, wird mit Zorn solche aufdringlichen Lobsprüche von sich abweisen. Diejenigen aber, die fortfahren, mit leidenschaftlichen Agitationen ein gefährliches Spiel zu treiben, und damit ihren ganzen Stand in Verdacht bringen, trifft schwere Verantwortung. Sie dürfen sich nicht dabei beruhigen, daß sie nach ihrer Auffassung nur erstrebenswerthe Ziele verfolgen, lediglich ihren Stand und damit dem Vaterlande nützen wollen. Auch an sich anerkenntswerthe Ziele können mit schädlichen Mitteln betrieben werden. Aber wer vermeint, konservative Grundsätze auf demagogischem Wege durchsetzen zu können, wird das nicht erreichen,

sondern Gefühle im Volke nähren, die schließlich nur der Demokratie zu Gute kommen.

Die Regierung zeigt auf Schritt und Tritt ihre Bereitwilligkeit, den Wünschen der Landwirtschaft nachzukommen. Wer letztere ernstlich durchsetzen will, der schließe sich der Regierung an; nur mit vereinten Kräften können die nothwendigen agrarischen Reformen zu Stande kommen.

Die Aufgaben des Landtags.

Der Landtag ist noch mit einem sehr erheblichen Theile seiner Arbeiten im Rückstande. Vor Allem ist es ihm nicht gelungen, die Berathung des Staatshaushaltsetats für 1894/95 vor dem 1. April fertig zu stellen, so daß sich die Regierung genöthigt sieht, ohne Statsgesetz die Verwaltung weiter zu führen. Es wird daher zunächst Pflicht des Abgeordnetenhauses sein, die Statsberathungen möglichst zu beschleunigen: im Rückstande sind noch von der zweiten Berathung der Etat der Eisenbahnverwaltung sowie die dritte Berathung des ganzen Stats, nach deren Erledigung erst das Herrenhaus in die Lage kommt, sich damit zu beschäftigen.

Die anderen noch der Erledigung harrenden Aufgaben sind, abgesehen von der durch das Herrenhaus vorberathenen Novelle zur evangelischen Kirchenverfassung, welche neue Bestimmungen über die Abänderung von Kirchengesetzen durch Staatsgesetze festsetzt, zumeist wirtschaftlicher Natur. Voran steht das Gesetz über die Landwirtschaftskammern, das von der dazu berufenen Kommission bereits durchberathen ist und demnächst zur zweiten Berathung im Plenum gelangen wird. Die Bedeutung dieses Entwurfs liegt darin, daß er der Landwirtschaft eine Organisation geben will, die als Grundlage für die weiteren im Interesse der Landwirtschaft zu ergreifenden Maßregeln dienen soll. Ferner ist das Gesetz über die Auffuchung und Gewinnung der Kali- und Magnesiumsalze, welches im Interesse der inländischen Landwirtschaft eine möglichst ökonomische und nachhaltige Verwendung dieser Salze durch Monopolisirung sicherstellen will, zur zweiten Berathung reif.

Von Wichtigkeit ist ferner die erst nach den Ferien eingegangene Vorlage über die neue Organisation der Eisenbahnverwaltung, welche am Donnerstag im Abgeordnetenhause zur ersten Berathung kam, und die den Zweck hat, durch Vereinfachung der Verwaltung die Eisenbahnen den wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen noch besser dienstbar zu machen als bisher, wodurch zugleich eine Ersparniß von 4 bis 5 Millionen Mark erzielt werden würde. Der Plan ist vorwiegend günstig aufgenommen worden.

Wie verlautet, wird dem Landtage ferner noch eine Vorlage über die Anlegung eines Rhein-Dortmund-Kanals zugehen, der dem rheinisch-westfälischen Industrie- und Montanbezirk eine direkte leistungsfähige Wasserstraße zum Rhein gewähren soll. Ein anderes Kanalprojekt, das eine Verbindung zwischen der Elbe und Trave (Lübeck) herstellen soll und welches von Preußen einen Kostenbeitrag von 7½ Millionen Mark erfordert, hat bereits am Mittwoch in zweiter Berathung die Genehmigung des Abgeordnetenhauses gefunden. Bei dieser Gelegenheit wurden von einer Seite des Hauses Bedenken wegen der hierdurch für Preußen erwachsenden neuen Belastung, die bei der ungünstigen Finanzlage nicht zulässig sei, erhoben, aber von den Ministern Thielen und Miquel widerlegt; insbesondere wurde gerade auf den wirtschaftlichen Nutzen hingewiesen, der der Landwirtschaft aus der Anlegung dieses neuen leistungsfähigen Wasserweges von der Elbe nach der Ostsee erwachsen würde.

Die wirtschaftlichen Interessen erhalten durch alle diese Vorlagen eine wesentliche Förderung, und deshalb darf man sich der Zuversicht hingeben, daß der Landtag ihnen die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen wird. Freilich verdient die finanzielle

Lage, die dadurch erschwert ist, daß noch Unsicherheit über den Umfang herrscht, in welchem der Reichstag die Steuervorlagen genehmigen will, volle Berücksichtigung. Wenn der Landtag mit Nachdruck das Interesse geltend macht, das Preußen an dieser Reichssteuer- und Finanzreform hat, so wird er seiner Pflicht Genüge gethan haben. Sofern er aber aus Besorgniß nicht genügender Berücksichtigung der finanziellen Interessen der Einzelstaaten durch den Reichstag sich verleiten lassen wollte, wirtschaftlich höchst nützliche, für große Landestheile nothwendige Projekte zu Falle zu bringen, so würde er die wirtschaftliche Kraft, welche die Grundlage der Finanzkraft des Staates ist, unterbinden. Von der Einsicht der Volksvertretung ist dergleichen nicht zu erwarten.

Silber und Gold.

Um in dem heftig hin und her wogenden Währungsstreite zu einem klaren Standpunkte zu kommen, ist es nöthig, eine Reihe thatsächlicher Voraussetzungen aufzuklären. Dahin gehören auch die Fragen, welche Vorräthe an Gold jährlich zu Tage geschafft werden, und in wie weit auf eine gewisse Stetigkeit in der Gewinnung dieses Edelmetalles gerechnet werden kann. Bekannt ist das Wort von der Decke, die einmal zu knapp werden könnte; das will sagen: hält die Goldproduktion mit dem Goldbedarf für Münzzwecke nicht gleichen Schritt, gründen immer mehr Staaten ihr Währungssystem auf Gold, ohne daß die Goldgewinnung ausgedehnt oder der Bedarf an Goldmünze durch wirtschaftliche Einrichtungen (vermehrten Check-Wechselverkehr) eingeschränkt wird, so entsteht die Gefahr einer Goldtheuerung und damit einer Verschiebung der Schuldverhältnisse und der Waarenpreise in den Goldwährungsländern.

Die Silberproduktion ist im letzten Jahrzehnt ganz riesig gestiegen; es sind Verfahren für die Silbergewinnung erfunden worden, welche die Produktion selbst bei den außerordentlich gesunkenen Silberpreisen — einer Folge der vermehrten Leichtigkeit der Silbergewinnung — noch lohnend machen. Im vergangenen Jahre wird sich die Silberproduktion bei einem Silberpreise von nur 32 Pence noch auf der vorher erreichten Höhe von 800 bis 850 Millionen Mark erhalten haben. Bei den neueren Verhüttungsmethoden werden viele von der Natur bevorzugte Gruben in Amerika und Australien auch noch bei einem weiteren Rückgange des Silberpreises mit Vortheil arbeiten können. In diesem Steigen der Silberproduktion liegt eine auch von den Bimetallisten nicht verkante große Schwierigkeit, ein festes Werthverhältniß zwischen Gold und Silber gesetzlich herzustellen.

Früher glaubte man, daß mit der Erschöpfung der Alluviallager die Goldherzeugung bedeutend zurückgehen werde. Indessen auch hier trat die Technik siegreich auf; sie brachte es durch Verbesserung der Methode, Gold aus Schwefelkiesen auszuziehen, dahin, daß ein blühender Quarzbergbau entstand. Schon jetzt ist die transvaalsche Republik nahe daran, Kalifornien den Rang abzulaufen. Transvaal hatte 1893 ein Jahreserzeugniß an Gold von 115 Millionen Mark. Dazu werden in absehbarer Zeit noch Produktionsmengen der Gebiete zwischen dem Limpopo und Zambesi hinzukommen mit sehr ausgedehnten Goldlagerstätten in Maschona- und Matabeleland. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich die Goldproduktion seit 1887 stetig um 33 Millionen Dollars jährlich bewegt. In Australien sind die tiefer liegenden Waschgoldlager noch bei Weitem nicht erschöpft, und viele Gruben stehen dort für den Quarzbergbau zur Verfügung. Für Rußland rechnet Dr. Lexis, eine Autorität auch für die Bimetallisten, in einem Artikel der Conrad'schen Jahrbücher noch für eine lange Reihe von Jahren auf eine Produktion von durchschnittlich mindestens 90 Millionen Mark.

Lexis schätzt für die nächsten fünfzig Jahre den Werth der jährlichen Goldherzeugung auf etwa 580 Millionen Mark, das ist mehr als in den glänzendsten Zeiten des californischen Bergbaues in den fünfziger Jahren geliefert wurde. Weiter berechnet man den industriellen Bedarf an Gold auf höchstens 280 Millionen Mark, für die Zukunft vielleicht auf 300 Millionen Mark, und den mit der Bevölkerung wachsenden Bedarf der gesetzlich oder faktisch nach Gold rechnenden Staaten auf etwa 200 Millionen Mark, so daß

jährlich 80 Millionen Mark zu Goldprägungen anderer Staaten übrig bleiben würden. Lexis schließt hieraus, daß die Staaten, die bereits im Besitze der Goldwährung sind, jedenfalls keinen Grund haben, Goldmangel und also auch Goldvertheuerung und Sinken der Waarenpreise als vorhanden anzunehmen oder zu befürchten. Wie es nach fünfzig oder hundert Jahren um die Goldproduktion bestellt sein wird, läßt sich nicht voraussagen. Selbst eine weitfichtige Politik wird sich aber nicht auf die Bedürfnisse späterer Jahrhunderte einzurichten brauchen. In demselben und zum Theil noch höherem Grade besteht die Möglichkeit, daß die Menschheit nach ein oder zwei Jahrhunderten um Kupfer, Blei, Kohle u. in Verlegenheit gerathen kann. In dieser fernen Zeit würde natürlich auch, das fortschreitende Schwinden der Goldgewinnung vorausgesetzt, die Doppelwährung mit einem festen Verhältniß zwischen Gold und Silber ebenso unmöglich sein als die Goldwährung.

Agrarrecht.

Der preussische Finanzminister hat unlängst auf dem Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrathes einen Trinkspruch ausgebracht, worin er ausführte, daß einer dreißigjährigen Ära der Gesetzgebung, die vorwiegend den Rechtsordnungen des Handels und der Industrie gewidmet war, nunmehr eine ebenso lange Ära des Ausbaues der landwirtschaftlichen Gesetzgebung folgen werde. Diese Aeußerung hat sich mehrfach eine schiefe Auslegung gefallen lassen müssen; insbesondere von jener Seite, welche aus mißverstandenen agrarischen Interesse sich der Ausgestaltung unserer Handelspolitik widersetzt, hatte man versucht, daraus den Beweis herzuleiten, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung bisher den Handel und die Industrie einseitig bevorzugt habe.

Demgegenüber wird in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ dargethan, daß der Ausspruch des Finanzministers auf die besondere Frage gemünzt war, wie die agrarrechtlichen Verhältnisse des Grundbesitzes zu bessern sind, und auf die Schaffung besonderer Berufsvertretungen, welche diese Frage zu lösen haben, die Landwirtschaftskammern.

Man hat sich — so heißt es da — in den letzten Dezennien in hervorragendem Grade mit den Rechtsordnungen des Handels und der Industrie beschäftigt, während man die Entwicklung der Verhältnisse des Agrarrechts mit der Befreiung des Grund und Bodens von den Feudallasten durch die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung für abgeschlossen hielt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß das nicht der Fall sei, und daß die Gefahr immer drohender geworden ist, daß ein erheblicher Theil des Grundbesitzes in Folge von Ueberlastung aufhören möchte, leistungsfähig zu bleiben. Wenn hier den gesetzgebenden Körpern die Aufgabe erwächst, mit ihrer Fürsorge einzutreten, so kann es sich nicht darum handeln, augenblickliche Erfolge zu erzielen. Die Wirkungen gesetzgeberischer Reformen, die sich auf das Agrarrecht beziehen, werden sich vielmehr auf Jahrzehnte hinaus erstrecken.

Die ländlichen Verschuldungsverhältnisse haben sich in Preußen wesentlich verschieden entwickelt in den Landestheilen mit freier Theilbarkeit des Besitzes und da, wo Zustände wie in den östlichen Provinzen obwalten. Völlig anders liegen die Dinge wieder in Hannover und Westfalen. Nach einer vergleichenden Uebersicht des bei der Einkommensteuer-Voranlage für 1893/94 auf Steuerpflichtige mit Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagten Einkommens aus Grundvermögen und der vom Einkommen in Abzug gebrachten Schuldzinsen geht hervor, daß beispielsweise in den Regierungsbezirken Köln, Trier und Aachen für das Land die abgerechneten Schuldzinsen 19,16 und 14 pCt. des geschätzten Einkommens aus Grundvermögen betragen. Nicht wesentlich höher (14 bis 20 pCt. im Durchschnitt) stellen sich jene in Hannover, wo meist geschlossener Besitz vorhanden ist, das An-erbenrecht gilt und in der Regel nur eine geringe Abfindung der Miterben stattfindet. Demgegenüber erscheint der Osten in einem sehr ungünstigen Lichte, und zwar wesentlich um deswillen, weil hier eine gleiche Bedenkung aller Erben stattfinden muß, so daß viele Besitzer ihren Grund und Boden von vornherein mit einer beträchtlichen Schuldenlast übernehmen. Im Regierungsbezirke Marienwerder betragen die abgerechneten Schuldzinsen für das

Land 58 v. H. des geschätzten Einkommens aus Grundvermögen, im Kösliner 65 v. H., in den Regierungsbezirken Posen und Bromberg je 60 v. H.

Bei der Weiterbildung des Agrarrechts müssen die bestehenden rechtlichen Verschiedenheiten der Verhältnisse sorgfältig berücksichtigt werden. Gleiche bindende rechtliche Regeln für die ganze Monarchie dürften kaum aufzustellen, auch ein System von Dispensationen und der Zulassung von Ausnahmen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse gar nicht zu entbehren sein. Hierzu möchte es aber, und zwar in allen Landestheilen, solcher Organe bedürfen, welche aus den Standesgenossen gebildet, die nöthigen Garantien objektiver Entscheidungen bieten — die Landwirthschaftskammern.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Aus den Uebersichten über den Fleischverbrauch in den Straf-, Gefangenen- und Erziehungsanstalten hat sich ergeben, daß im Allgemeinen während des Rechnungsjahres 1892/93 eine angemessene Verwendung von Schaf- und Hammelfleisch in der Gefangenenverpflegung stattgefunden hat. Nunmehr hat der Minister des Innern unter dem 19. März d. J. wegen der Vortheile, die die Abwechslung verschiedener Fleischsorten für die Ernährung bietet, bestimmt, daß in den genannten Anstalten regelmäßig Schaf- und Hammelfleisch mit zu verwenden ist, wenn es in guter Qualität bezogen werden kann und das Mittagessen nicht vertheuert.

Politische Tagesfragen.

Die handelspolitische Stellung Deutschlands.

Bei dem lebhaften Interesse, das während der letzten Monate der Kampf um den russischen Handelsvertrag überall erregte, ist es wohl angebracht, einen Blick auf die handelspolitische Stellung Deutschlands zu den auswärtigen Staaten zu werfen, wie sie sich jetzt darstellt.

Es genießen vom 20. März 1894 die Provenienzen folgender Staaten bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet volle Meistbegünstigung: Argentinische Republik, Belgien, Chile, Costarica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Egypten, Frankreich (einschließlich der Kolonien und des Fürstenthums Monaco), Griechenland, Großbritannien (einschließlich der Kolonien), Guatemala, Hawaii, Honduras, Italien (einschließlich San Marino), Korea, Liberia, Madagaskar, Marokko, Mexiko, die Niederlande (einschließlich der Kolonien), Oesterreich-Ungarn (einschließlich Bosnien, Herzegowina und Sichtenstein), Paraguay, Persien, Rumänien, San Salvador, Schweden und Norwegen, die Schweiz, Serbien, Transvaal, Türkei, Vereinigte Staaten, Sansibar, Rußland, deutsche Zollausschlüsse (einschließlich Helgoland), Kolonien und Schutzgebiete.

Mit Spanien besteht bis 15. April 1894 ein provisorisches Handelsabkommen, da der am 8. August 1893 zu Madrid zwischen den Vertretern des deutschen Reiches und Spaniens abgeschlossene Handels- und Schifffahrtsvertrag seitens der Cortes noch nicht acceptirt und daher noch nicht ratifizirt ist. Der deutsch-spanische Handelsvertrag bestimmt die Meistbegünstigung für die beiderseitigen Boden- und Gewerbeserzeugnisse, wie sie in den vereinbarten Conventionaltarifen aufgeführt sind.

Mit Columbia und Uruguay sind Freundschafts- und Handelsverträge bereits abgeschlossen, aber noch nicht ratifizirt.

Mit Portugal bestand bis 1. Februar 1892 ein Handelsvertrag vom 2. März 1872. Das Verhältniß zu diesem Staate ist zur Zeit vertragslos.

In allen genannten Ländern genießen auch deutsche Waaren die Meistbegünstigung, ferner noch in China, Japan und Siam. Endlich bestehen mit Samoa und Tonga Freundschaftsverträge, die dem deutschen Reiche Handelsfreiheit sichern.

Sozialpolitisches.

Der „Vorwärts“

Ist darüber sehr ungehalten, daß in Zeulenroda zwei „Genossen“, ein Strumpfwirker und ein Buchdruckereibesitzer, wegen groben Unfugs mit Geldstrafen belegt worden sind. Der Strumpfwirker hatte in dem Blatte des Letzteren eine Todesanzeige veröffentlicht, wonach seine Frau „ruhig und ohne Begehr nach himmlisch erträumter Seligkeit“ verschieden sei und sich als „der sich selbst tröstende Gatte“ unterzeichnet. Daß eine solche Frivolität in der Stadt bestraft wird, scheint dem Organ der Sozialdemokratie unerhört; schickt es aber Agitatoren aufs Land, so schärft es ihnen bei Leib und Leben ein, vor den „dummen Bauern“ die Religion ja nicht lächerlich zu machen, damit sie nicht mißtrauisch werden.

Ein spaltenlanges Verzeichniß

der sozialistischen Presse Deutschlands wird mit Stolz vom „Vorwärts“ veröffentlicht. Danach zählt sie gegenwärtig, außer den beiden Centralorganen, dem täglich erscheinenden „Vorwärts“ und dem wöchentlich erscheinenden „Sozialdemokraten“, sowie der wissenschaftlichen Revue „Die Neue Welt“, 36 täglich erscheinende Zeitungen, 20 wöchentlich dreimal, 7 wöchentlich zweimal und 11 wöchentlich einmal erscheinende Blätter, 2 Witzblätter und 1 illustriertes Unterhaltungsblatt. Zu der gleichfalls sozialistischen Gewerkschaftspresse zählen 1 dreimal wöchentlich, 28 einmal wöchentlich, 2 monatlich dreimal, 18 alle vierzehn Tage und 5 monatlich einmal erscheinende Blätter. Gegen das Vorjahr hat keine erhebliche Zunahme stattgefunden. Bei vielen Blättern läuft es indessen nur auf eine veränderte Kopfbezeichnung hinaus, inhaltlich sind nicht wenige mehr oder weniger gleichlautend, ja, sie werden mit dem gleichen Satz hergestellt. Da kommt es denn vor, daß z. B. den Lesern in Teltow-Beesdow-Charlottenburg in ihrem „Volksblatt“ mit Danziger Lokalnachrichten aufgewartet wird, und umgekehrt. Immerhin aber fordert die große Zahl der Blätter, die verbreitet werden, zur Aufmerksamkeit und Abwehr heraus.

Personalien.

Der Regierungsrath von Wilnowski zu Berlin ist an die königliche Regierung zu Bromberg versetzt worden.

Der Regierungs-Assessor Moser zu Berlin ist der königlichen Regierung zu Stettin zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der neuernannte Regierungs-Assessor Rasch aus Hilbesheim ist bis auf Weiteres dem Landrathe des Kreises Singen, Regierungs-Bezirk Osnabrück, zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugetheilt worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Der

Kaiser

hat am 6. April von Abbazia einen Ausflug nach dem österreichischen Kriegshafen Pola gemacht, wo er von dem Erzherzog Carl Stephan empfangen und mit Geschützsalut begrüßt wurde. Dem Fürsten Bis marck überreichte er zu dessen Geburtstage am 1. April durch den Flügeladjutanten Grafen v. Moltke einen herzlichen Glückwunsch und als Geschenk einen Kürass, „dessen fester Stahl“ nach den kaiserlichen Begleitworten „als Symbol deutschen Dankes gelten soll, der sich in fester Treue um Sie schließt, und dem auch ich einen berebten Ausdruck meinerseits verleihen möchte.“ Aus allen Theilen des Reiches, von den Bundesfürsten und aus allen Volksschichten wurden dem Fürsten, der sein 80. Lebensjahr in voller Rüstigkeit angetreten hat, Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zu Theil.

Im Reichsamt des Innern ist am 5. April der Zollbeirath zusammengetreten, um über einen

Handelsvertrag mit Portugal

gehört zu werden, der nunmehr in die Wege geleitet werden soll.

Der

Reichstag

hat seine erste Sitzung nach den Osterferien am 5. April abgehalten. In Beantwortung einer nationalliberalen Interpellation theilte der Staatssekretär des Innern mit, daß die Regierung noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen gedenke, der die im § 120 der Gewerbeordnung bestimmte Frist für die Sonntags-Fortbildungsschulen bis zum 1. Oktober 1897 verlängert.

Das

Abgeordnetenhaus

hat seine Sitzungen am 3. April wieder aufgenommen. Die Vorlage, die im Geltungsbereich des Code Napoleon die einwandfreie Möglichkeit schaffen will, auch solche Vornamen in die Standesregister einzutragen, die nicht der Bibel oder der alten Geschichte entnommen sind, wurde angenommen; ebenso die Vorlage, wonach die Notare den andern Beamten bezüglich der Strafen bei Nichtverwendung der tarifmäßigen Stempel gleichgestellt werden. Der Vertrag zwischen Preußen und Lübeck über die Herstellung des Elbe-Travertkanals und der Beitrag Preußens zu den Kosten wurde in zweiter Lesung mit großer Mehrheit gutgeheißen. Am 5. stand der Nachtragsetat für die Neuorganisation der Eisenbahnbehörden zur ersten Verathung. Man erkannte allerseits die Nützlichkeit der vorgeschlagenen Reform, wonach statt der gegenwärtig bestehenden 11 Eisenbahndirektionen deren 20 nebst den erforderlichen

U. s. f. Stellen gebildet werden, an; von einer Kommissionsverweisung wurde Abstand genommen. Der Minister verhielt, daß die Verhältnisse der überflüssig werdenden Beamten in wohlwollender Weise gesetzlich geregelt werden sollen. Am 6. wurde der Elbe-Dravakanal ohne Debatte in dritter Lesung genehmigt. Dann trat das Haus in die zweite Berathung des Stats ein.

Der Reichskanzler

hat dem Arbeitsausschuß für die Berliner Gewerbeausstellung 1890 in einem Schreiben und dem Berliner Bürgermeister in einer Audienz darin zugestimmt, daß das Unternehmen auf Berlin beschränkt bleiben und nicht zu einer deutschen Ausstellung erweitert werden soll.

In Stuttgart hat am 5. April die Vermählung des

Prinzen Johann Georg von Sachsen mit der Herzogin Maria Isabella von Württemberg

stattgefunden.

In Mülhausen ist auf Grund des im Reichslande geltenden Diktaturparagrafen die

sozialdemokratische „Elsaß-Lothringer Volkszeitung“ verboten

worden, weil sie in unerhört heftiger Weise gegen die bestehenden Reichsverhältnisse agitirte und in einem „Moderner Götzendienst“ überschriebenen Artikel die Heldengestalt Kaiser Wilhelm I. mit Schmutz beworfen hatte.

Aus unseren

Kolonien

sind im Laufe der Woche mehrere günstige Nachrichten eingetroffen. Der feiner Zeit aus dem ostafrikanischen Schutzgebiet verwiesene Bana Peri war von seinem letzten Aufenthalt in Sansibar heimlich nach der Küste zurückgekehrt und hatte dort Unruhe zu stiften gesucht. Es bedurfte jedoch nur des Aufgebots geringer militärischer Kräfte, um den beachtlichen Putz zu unterdrücken. Major von François hat am 20. Januar und am 2. Februar südlich von dem bisherigen südwestafrikanischen Kriegsschauplatz im Tsachab-Thal den Witbois zwei empfindliche Niederlagen beigebracht.

Aus dem Auslande.

Die Leiche Ludwig Kossuth's ist am 1. April in

Ungarn

beigesetzt worden. Am 30. März traf der Sarg in Pest ein und wurde mit großem Trauergepränge empfangen. Auf dem Bahnhofe hatten die Spitzen der Behörden, viele Abgeordnete und die Führer sämtlicher Parteien Aufstellung genommen, der Bürgermeister nahm den Sarg in die Obhut der Hauptstadt. Die Trauerfeier verlief in würdiger Weise. Kaiser Franz hat voll Hochherzigkeit, trotz der feindseligen Haltung, die der Verstorbene stets gegen das Haus Habsburg eingenommen, den Kundgebungen nichts in den Weg legen lassen.

In Wien hat in diesen Tagen ein

Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten

stattgefunden. Die Verhandlungen, an denen sich auch die deutschen Abgeordneten Nebel und Singer beteiligten, beschäftigten sich hauptsächlich mit der Frage der österreichischen Wahlrechtsreform und der Einführung des 8stündigen Arbeitstages. Die Verhandlungen, die mit ziemlich wilden und hochtönenden Worten in den ersten Sitzungen geführt wurden — es sollte zur Erreichung der beiden Ziele ein Generalstreik in Szene gesetzt werden — wurden allmählig immer zäher, aus dem Generalstreik wurde ein Massenstreik, aus dem Massenstreik wurde ein Streik der Grubenarbeiter, die, wie beschloffen wurde, zuerst versuchen sollten, den Achtlundentag zu erkämpfen. Der vorliegende Wahlgesetzreformentwurf wurde natürlich mit allgemeiner Entrüstung verworfen, doch begnügte man sich damit, einen Massenstreik in Reserve zu halten und durch Kreisorganisationen vorzubereiten, Beschlüsse, die die Welt wohl nicht aus den Angeln heben werden.

Am 4. April starb in Wien der Führer der Deutsch-Böhmen im Abgeordnetenhaus Dr. Schmejkal.

Die Verhandlungen zwischen

Oesterreich und Rußland

wegen Abschlußes eines Handelsvertrages haben zu einer vollständigen Einigung über die Grundlagen eines solchen Vertrages geführt. Eine Verordnung des österreichischen Gesamtministeriums bestimmt bereits, daß russische Provenienzen bei der Einfuhr nach Oesterreich-Ungarn vom 2. April ab als meistbegünstigt zu behandeln sind. Der Handelsminister

hat gleichzeitig die Handelskammern verständigt, daß österreichisch-ungarische Provenienzen in Rußland ebenfalls als meistbegünstigt behandelt werden, und daß daher auf die österreichisch-ungarische Ausfuhr die russischen Vertragssätze aus den Handelsverträgen Rußlands mit Deutschland und Frankreich Anwendung finden. Auch in Rußland ist die provisorische Anwendung der geringeren Zollsätze gegenüber österreichischen Einfuhren bereits veröffentlicht worden.

In

Rom

hat ein internationaler medizinischer Kongreß getagt, zu dem gegen 6 000 Teilnehmer aus den verschiedensten Ländern zusammengeströmt waren. Nächste Station war Deutschland mit 900 Ärzten am stattlichsten vertreten. Die Eröffnungsfeier fand in Gegenwart des italienischen Königspaares statt, der Ministerpräsident Crispi hielt die Begrüßungsrede. Mit den ernstesten wissenschaftlichen Berathungen, denen sich der Kongreß hingab, wechselten prächtige Feste ab, u. a. wurde vom Königspaar den fremden Vertretern im Garten des Quirinals ein Gartenfest bereitet, zu dem an 3 000 fremde Abgeordnete Einladungen ergangen waren. Der nächste Kongreß soll in Rußland stattfinden.

Kaum ist in

Paris

die Aufregung wegen des letzten Dynamitattentats verflohen, so kommt schon wieder die Kunde von einem neuen anarchistischen Bombenattentat. Am Mittwoch Abend explodirte in einem Restaurant gegenüber dem Staatsgebäude eine Dynamitbombe, durch die mehrere Personen schwer, eine ganze Anzahl leicht verletzt wurden, außerdem ist beträchtlicher Schaden an Material angerichtet. Es sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Der neue

belgische

Ministerpräsident de Burlet hat die Frage des proportionalen Wahlrechts, an der sein Vorgänger scheiterte, bis zur nächsten Session vertagt. In einer von ihm in der Kammer verlesenen Erklärung appellirt er an den Patriotismus, um die übrigen parlamentarischen Aufgaben zu erledigen.

In den Ostertagen wurde in einer Ortschaft bei Mons ein belgischer Sozialistenkongreß abgehalten, bei dem die üblichen Forderungen gestellt und auch die Herstellung der Republik in Belgien in das Programm aufgenommen wurde.

In

England

steht die Homerulefrage jetzt unbedingt voran. Die Parnellites kündigen wegen Ausschließung der Homerulefrage unbedingte Opposition an, in Dublin wurde der Beschluß gefaßt, eine Auflösung des Parlaments anzustreben, damit die Homerulefrage den Wählern von neuem unterbreitet werden könne.

Auch Schottland fordert Homerule. Mit geringer Mehrheit (180 gegen 170) wurde im Unterhause ein Antrag Dalziel angenommen, nach dem in Schottland eine gesetzgebende Körperschaft für rein schottische Angelegenheiten errichtet werden soll.

In

Dänemark

ist der seit neun Jahren schwebende Verfassungskonflikt beigelegt worden: zum ersten Male bewilligten wieder beide Kammern, Folkething und Landsting, das Finanzgesetz der Regierung. Der Verfassungskonflikt war im Jahre 1885 dadurch entstanden, daß der Ministerpräsident Estrup ungeheure Summen für die Befestigung Kopenhagens verpraselte. Diesen Plänen widersetzte sich die Linke energisch, und um seine Pläne durchzusetzen, stützte sich Estrup auf einen Verfassungsparagraphen, nach dem es dem Könige gestattet ist, unter Gegenzeichnung der Minister provisorische Gesetze zu erlassen. So kamen seit dem Jahre 1885 alle Finanzgesetze als provisorische Gesetze zu Stande. Im Lauf der Jahre wurde die Opposition aber immer schwächer, und die Beilegung des Konflikts, die jetzt stattgefunden hat, besteht hauptsächlich in einem Nachgeben der Opposition. Ueber die Beendigung des Konflikts sprach Ministerpräsident Estrup im Namen des Kabinetts am Schluß der Budgetdebatte seine Freude aus, kündigte dabei aber sogleich seine Absicht an, seine Entlassung nachzusuchen.

In

Serbien

ist eine Ministerkrisis, die bereits seit Wochen in der Luft lag, zur Tatsache geworden. Der innere Grund liegt wohl in der veröhnlichen Haltung des Kabinetts Simitsch gegenüber den Radikalen, die sich als undurchführbar herausgestellt hatte. Der äußere Anlaß war der aus politischen Gründen erfolgte Rücktritt des Finanzministers Mijatowitsch, infolge dessen das Kabinet Simitsch seine Entlassung einreichte, die auch genehmigt wurde. Das neue Kabinet Nikolajewitsch wird im Allgemeinen dieselbe politische Richtung verfolgen, nur wird es den Radikalen mehr entgegengetreten und insbesondere bei Eintreibung der Steuern energischer vorgehen.